

# Gier auf den Besitz der Nachbarn

„Geschichten vom legalisierten Raub an Juden in Hessen“ in Unibibliothek vorgestellt / Fiskalische Ausplünderung untersucht

Von Heidrun Helwig

**GIESSEN.** Die Familie lebte in der Bahnhofstraße 46 in einem schönen und großzügigen Haus. Dort betrieb Albert Aaron auch seine gut gehende Kanzlei. Als Rechtsanwalt vertrat der Familienvater viele Bauern aus der Gießener Umgebung. Denn der sozial engagierte Jurist wurde besonders gern von den finanziell schwächer gestellten Einwohnern der Provinz Oberhessen aufgesucht. Als Sozialdemokrat und Mitbegründer des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ aber gehörte er früh zu den verhassten Gegnern der örtlichen Nationalsozialisten – trotz seines Einsatzes als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg. Nachdem Albert Aaron schließlich im Frühjahr 1937 für kurze Zeit inhaftiert worden war, begann er mit seiner Frau Lilli, Pläne für eine sofortige Auswanderung in die Vereinigten Staaten zu schmieden. Dort hatte die Familie Verwandte. Tatsächlich kam das Ehepaar gemeinsam mit den beiden Söhnen im September in New York an. „Mit 10 000 Reichsmark für den Neubeginn, die Albert Aaron hinter der Linse einer Leica-Kamera versteckt hatte.“

Das zurückgelassene Vermögen indes wurde mit der verfügten Ausbürgerung als „dem Reich verfallen“ erklärt. Und sogleich machten sich die zuständigen Finanzbehörden daran, die Werte sicherzustellen. Die eingelagerten Möbel waren versteigert, die Außenstände eingetrieben. Dabei reagierten die säumigen Schuldner durchaus mit Empörung, dass mit Otto Lauspach aus Gießen ein Parteigenosse die „beim Juden“ bestehenden Verbindlichkeiten einforderte.

Diese fiskalische Ausplünderung der geflohenen sowie der deportierten Juden lässt sich anhand der Akten der Finanzverwaltung rekonstruieren. Diese Unterlagen waren im Frühjahr 2001 der Ausgangspunkt der Wanderausstellung „Legalisierter Raub“, die das Frankfurter Fritz Bauer Institut gemeinsam mit dem Hessischen Rundfunk (hr) erarbeitet hat. Und etliche der aufgespurten Schicksale sind nun unter dem Titel „Ausgeplündert und verwaltet. Geschichten vom legalisierten Raub an Juden in Hessen“ in einem Buch vereinigt. „Wir haben damals mit 15 Familien angefangen“, berichtet Bettina Leder, die das Projekt federführend für den hr konzipiert hat, bei der Vorstellung des mehr als 450 Seiten starken Bandes in der Gießener Universitätsbibliothek (UB).

## „Wachsende Ausstellung“

Von Beginn an war geplant, dass es „eine wachsende Ausstellung“ werden soll, ergänzt Katharina Stengel vom Fritz Bauer Institut. An jedem Präsentationsort sollten lokale Biographien recherchiert und Exponate gesucht werden. „Deshalb entschieden wir uns, das jeweils mit einem Aufzug zu verbinden.“ Zudem beschränkte sich die Zusammenarbeit nicht auf Stadtarchive und Heimatforscher, sondern ganz gezielt wurden auch Schulklassen eingebunden. Mit großem Erfolg. Nachdem „Legalisierter Raub“ an insgesamt 27 Orten in Hessen, zwei Mal in Rheinhesen und einmal in Berlin gezeigt worden war, „hatten wir rund 150 Ge-



**Gießener Opfer: Ignatz und Anna Pfeffer betrieben am Marktplatz ein Bekleidungsgeschäft. Ihr Sohn Fritz teilte mit der Familie Frank das Versteck in einem Amsterdamer Hinterhaus. Eltern und Sohn wurden ermordet.**

Foto: Stadtharciv

schaften zusammenbekommen“, so Katharina Stengel. Und als nun die Rückkehr nach Frankfurt gleichzeitig den Schlusspunkt markierte, sollten die Ergebnisse „gesichert“ werden. Gemeinsam mit dem Kulturwissenschaftler Christoph Schreiber haben die beiden Ausstellungsmacherinnen deshalb 80 jüdische Schicksale ausgewählt und jeweils auf wenigen Seiten zusammengefasst. Geographisch unterteilt nach Nord-, Mittel- und Südhessen finden sich auch acht biographische Skizzen aus Rheinhesen. Die Geschichten handeln von armen und reichen, jungen und alten Menschen, von Studenten, Bauern, Kaufleuten, Intellektuellen und Arbeitern – von Männern, Frauen und Kindern, die sehr unterschiedlich dachten, glaubten und lebten. Ergänzt wird der reich bebilderte, informative und detaillierte Band durch kurze Berichte über Menschen, die den Auftrufen in ihrer Tageszeitung gefolgt sind und ganz unterschiedliche Überbleibsel jüdischer Dorfbewohner, einstiger Nachbarn oder Bekannter der Großeltern zu der Schau beigetragen haben. Besonders anrührend ist das abschließende Beispiel für all die vielen „unerzählten Geschichten“, das an einen Jungen erinnert, „der an eine Hauswand pisste“.

Das mag zunächst amüsant klingen, doch der Streich des vierjährigen Manfred hatte den Tod des Vaters, die finanzielle Not der Mutter sowie letztlich die Wegnahme ihrer beiden Kinder zur Folge. Manfred wurde in Hadamar ermordet. Der entwürdigende Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit der Frau, die Mann und Kind verloren hatte – bis hin zu Ministerpräsident Zinn – offenbart die ganze Grausamkeit, mit der die Opfer des Nationalsozialismus selbst nach der vermeintlichen

„Stunde Null“ konfrontiert wurden. Dass die Unterlagen der Finanzverwaltung, die ab 1935 penibel den Besitz aller Juden registrierte, um sie dann zu enteignen, überhaupt für Forschungszwecke genutzt werden konnten, geht auf eine Initiative Karl Starzachers zurück. Der damalige hessische Finanzminister hatte Ende 1998 die Oberfinanzdirektion angewiesen, die Akten aus der NS-Zeit an die öffentlichen Archive abzugeben. Andere Landesfinanzminister nahmen das zum Vorbild. „Eine Änderung des Bundesarchivgesetzes machte 2002 den Weg frei für die Nutzung und Auswertung dieser Bestände“, heißt es in der Einleitung.

## „Verwertung“

Als bald wurde nur zu deutlich, dass die „Verwertung“ des Vermögens der geflohenen und deportierten Juden in aller Öffentlichkeit stattfand. Die Versteigerungen wurden in den Zeitungen angekündigt. Und die wenigen überlieferten Fotoaufnahmen belegen, dass sich die Deutschen bei diesem Ausverkauf auf offener Straße ohne erkennbare Skrupel an dem Hab und Gut der einstigen Nachbarn bedienten.

Bereits Ende der 1970er Jahre waren in einem Vorschlag im Keller des Gießener Finanzamtes die sogenannten „Judenakten“ entdeckt worden. Dabei handelte es sich um die erhalten gebliebenen Vermögens- und Verwertungsakten der im September 1942 deportierten Gießener Juden. Darin befanden sich nicht nur Vermögensaufstellungen, Bankauszüge und Unterlagen über den verwerteten Hausrat, sondern auch Fotoaufnahmen der Fami-

lien – die meisten allerdings ohne Aufschriften oder Namen. Einige zeigen Fritz Pfeffer und seine Familie, die in Gießen am Marktplatz ein Geschäft für Damenoberbekleidung betrieb. Den Lesern des Tagebuchs der Anne Frank ist der spätere Zahnarzt besser bekannt als „Alfred Dussel“. Denn er hatte mit der Familie Frank das Versteck in einem Amsterdamer Hinterhaus geteilt. „Wir hatten die Hoffnung, weitere Personen identifizieren zu können“, berichtet Bettina Leder bei der Buchvorstellung, die das Literarische Zentrum Gießen gemeinsam mit der UB organisiert hat. Doch das sei lediglich in einem weiteren Fall gelungen.

In den Entschädigungsakten aus der Nachkriegszeit zeigt sich, dass die Finanzbeamten meist behaupteten, sich an die Versteigerungen und mehr erinnern zu können. Dabei hatte das Miteinander der unterschiedlichen Dienststellen und Behörden „reibungslos“ funktioniert. „Wir haben nur einen Beamten gefunden, der umfangreiche Angaben gemacht hat“, beschreibt Katharina Stengel. Und fügt hinzu: „Wir konzentrieren uns aber auf die Geschichten der Opfer.“ Zu ihnen zählt auch Albert Aaron aus Gießen. Dort hat Otto Lauspach bis in die letzten Kriegstage nach ausstehenden Honoraren seiner Arbeit als Rechtsanwalt gefahndet. Zu diesem Zeitpunkt waren der Jurist und seine Frau Lilli schon tot: Beide hatten sich im Sommer 1959 das Leben genommen.

*Bettina Leder, Christoph Schneider, Katharina Stengel: Ausgeplündert und verwaltet. Geschichte vom legalisierten Raub an Juden in Hessen. Heinrich/Hentrich Verlag, Berlin 2018, 456 Seiten, 29,90 Euro.*